

## **Antrag**

**der Abgeordneten Christoph de Vries, Dennis Gladiator, Dr. Walter Scheuerl,  
Birgit Stöver, Dr. Friederike Föcking (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Gegen den Kita-Schwindel: keine Absenkung von Qualitätsstandards  
zur Finanzierung von Wahlversprechen – Senat muss Verträge mit Kita-  
Trägern einhalten**

Senat und SPD-Fraktion haben als eines ihrer wesentlichen Regierungsziele mehrfach erklärt, Hamburg zur kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands weiterzuentwickeln. Immer wieder hat Senator Scheele betont, die Qualität in den Kitas trotz Umsetzung der Wahlversprechen verbessern zu wollen. Der Verpflegungsanteil der Eltern von 1 Euro pro Tag für das Mittagessen ihrer Kinder wurde abgeschafft. Allein diese Entscheidung belastet den Hamburger Haushalt mit rund 21 Millionen Euro jährlich. Darüber hinaus wird die fünfstündige Kita-Grundbetreuung ab August 2014 kostenlos, wodurch weitere Haushaltsbelastungen von rund 67 Millionen Euro entstehen.

Kostspielige Wahlversprechen wurden gemacht, ohne nach der Priorität dieser Maßnahmen zu fragen, bei schlechter Haushaltslage und obwohl die Vorgaben der Schuldenbremse bereits galten.

Entgegen aller vorangegangenen Beteuerungen will der Senat diese Mittel durch Kürzungen an wichtigen Leistungen – auch für Kinder und Familien – gegenfinanzieren. Letztlich sollen Kinder und Kita-Beschäftigte nun die Einlösung der Wahlversprechen von Olaf Scholz bezahlen.

Der zwischen der zuständigen Behörde und den Verbänden und Vereinigungen der Kindertagesstätten geschlossene Landesrahmenvertrag zur „Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen“, gilt bis zum 1. Januar 2015; er konkretisiert die gesetzlichen Vorgaben und dient der Qualitätssicherung. Aus diesem Grund sieht er auch eine notwendige Anpassung der Entgelte für die Kita-Gutscheine an die realen Preissteigerungen des Vorjahrs vor. Vor diesem Hintergrund wurde zwischen Behörde und den Wohlfahrtsverbänden eine Entgeltsteigerung in Höhe von 2,1 Prozent für das Jahr 2012 errechnet. Doch davon will die BASFI trotz vertraglicher Verpflichtung nun nichts mehr wissen und fordert von den Trägern der Kitas stattdessen eine dauerhaft niedrigere Vergütung. Vorgeschlagen wurde neben Kürzungen beim Personaletat auch eine Absenkung des Essenszuschusses an die Kita-Träger in Höhe von 1 Euro pro Kind und Tag; genau der Euro, der den Eltern letztes Jahr erlassen wurde. Dies hätte zur Folge, dass viele Kitas das Mittagessen für die Kinder nicht mehr selbst frisch zubereiten könnten, sondern auf Catering zurückgreifen müssten. Auch die ins Gespräch gebrachten Kürzungen bei der Steigerung des Personalentgelts sind für die wertvolle Arbeit, die die Kita-Beschäftigten für die frühkindliche Bildung unserer Kinder leisten, indiskutabel. Zurzeit ist ein Schiedsverfahren zur Klärung dieser Fragen anhängig.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. die Vereinbarungen des Landesrahmenvertrags mit den Kita-Trägern nicht zu brechen und bis zum Ende der Vertragslaufzeit ohne Abstriche zu erfüllen,
2. den Zuschuss an die Kita-Träger von 4,50 Euro pro Kind und Tag nicht abzusenken,
3. keine Absenkung der Personalentgelte durchzuführen, die zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Qualität in der frühkindlichen Bildung führen würde,
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2012 zu berichten.